

# Kroatien

Sinisa Kusic

Nach einer langen Odyssee in Richtung EU scheint Kroatien endlich am Ziel angekommen zu sein. Im Juni 2011 wurde während der ungarischen Ratspräsidentschaft von Seiten der EU-Kommission das Ende der Beitrittsverhandlungen verkündet. Gleichzeitig ist in Kroatien ein spürbarer Rückgang der EU-Euphorie unter der Bevölkerung festzustellen, die letztendlich in einem Referendum über den EU-Beitritt zu entscheiden hat. Nicht unerheblich zu dieser negativen Stimmung beigetragen hat das erstinstanzliche Urteil des ICTY, das die kroatischen Generäle Gotovina und Markac zu empfindlichen Gefängnisstrafen und zudem die gesamte damalige Führung Kroatiens wegen „gemeinsamen verbrecherischen Unternehmens“ verurteilt hat. Dieses im April 2011 verkündete Urteil hat die Kroaten bis ins Mark erschüttert, da aus ihrer Sicht die Vorgänge um die Rückeroberungsaktion „Oluja“ aus dem historischen Kontext gerissen seien und so das Gericht in Den Haag keine Unterscheidung zwischen Opfer und Aggressor mache. Das Urteil und die Beurteilung der Aktion „Oluja“ wurde dementsprechend von der kroatischen Regierung als nicht hinnehmbar zurückgewiesen. Für die latente Unzufriedenheit in der Bevölkerung sorgt aber auch die wirtschaftliche Lage, da die Auswirkungen der Finanzkrise in Kroatien stärker als erwartet ausfielen und die strukturellen Defizite der kroatischen Wirtschaft immer offener zutage treten. Ein spürbarer Wirtschaftsaufschwung ist weiterhin nicht in Sicht. Nach Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen wird die Regierung um Jadranka Kosor den Fokus verstärkt auf Wirtschaftsreformen setzen müssen, will sie bei den anstehenden Parlamentswahlen die Früchte der bisherigen Arbeit sowie der erfolgreich beendeten Beitrittsverhandlungen einfahren.

## Politische Lage

Die Aussichten dafür stehen nicht gerade günstig. Die Anfangs beliebte Premierministerin Jadranka Kosor verlor seit Mitte 2010 nach und nach an Zustimmung in der Bevölkerung. Ihre Partei, die regierende HDZ, kam in den Umfragen zwischenzeitlich auf weniger als 10 Prozent der Zustimmung. Schuld daran waren, neben unpopulären Reformmaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise ergriffen wurden, nicht zuletzt die vielen Korruptionsaffären, in die häufig Parteimitglieder verstrickt waren. Als prominentester Fall dient der ehemalige Premier Ivo Sanader, der wegen Korruption und Amtsmissbrauch angeklagt wurde und zur Zeit im österreichischen Gefängnis einsitzt. Nach Österreich hatte sich Sanader unmittelbar vor Bekanntwerden der Anklage abgesetzt und wurde schließlich am 12. Dezember 2010 von Zivilfahndern auf der Tauernautobahn festgenommen.

Seitdem verging kaum ein Monat, an dem nicht ranghohe Funktionäre wegen Korruptionsverdacht verhaftet wurden, wobei sich die Affären durch nahezu sämtliche gesellschaftlichen Bereiche erstrecken (u.a. Privatisierungsbehörde, Energiekonzern INA, Zoll, medizinische Versorgung, Fakultäten der Universität Zagreb und Armee).<sup>1</sup> Die Opposition, allen voran die sozialdemokratische Partei SDP (Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten

---

1 Vgl. „Sada im suci odlucuju o sudbinama“, in: Vecernji list, 09.07.2011, <http://www.vecernji.hr/vijesti/biliodabrani-naroda-a-sada-im-suci-odlucuju-sudbinama-clanak-308856>

Kroatiens – SKH) konnte davon allerdings nur wenig profitieren, ihre Umfragewerte fielen ebenfalls bescheiden aus. Die Gründe dafür sehen Analysten etwa in der zögerlichen Haltung des SDP-Vorsitzenden Zoran Milanovic, der es nicht verstanden hat, mit einer klaren Linie und entsprechenden Konzepten politisches Kapital aus der angespannten Lage Anfang 2011 zu schlagen und sich dementsprechend in Szene zu setzen. Stattdessen wurde die politische Bühne von einigen jungen und bislang unbekanntem Aktivisten aufgemischt, denen es über mehrere Wochen gelang, die Bürger über Internet zu größeren Demonstrationen zu bewegen.<sup>2</sup>

Weitaus beliebter als PM Kosor ist nach wie vor Staatspräsident Ivo Josipovic, der nach anfänglichen Schwierigkeiten und unglücklichen Auftritten sein Amt inzwischen mit größerer Routine ausübt. Mit großem Eifer betreibt er vor allem die Annäherung an das benachbarte Serbien, wobei ihm das freundschaftliche Verhältnis zu seinem serbischen Kollegen Boris Tadic zugute kommt. In diesem Zusammenhang ist auch der Besuch des serbischen Präsidenten in Vukovar im November 2010 zu sehen. Vukovar war im Herbst 1991 wochenlang von serbischen Truppen belagert und durch Granatbeschuss praktisch völlig zerstört worden. Die ostslawonische Stadt gilt seitdem als Symbol für den Unabhängigkeitskrieg Kroatiens. Tadic's Besuch in Vukovar fiel allerdings für viele Kroaten enttäuschend aus, da klare Worte der Entschuldigung für die serbische Aggression aus ihrer Sicht ausblieben. Das Verhältnis zu Serbien wurde in den darauf folgenden Monaten nochmals belastet, als Belgrad bei den bosnischen Behörden die Auslieferung des kroatischen Kriegsveteranen Tihomir Purda beantragt hatte. Dieser wurde Anfang 2011 mittels eines serbischen Haftbefehls in Bosnien-Herzegowina festgenommen. Die serbische Militärjustiz hatte dem Kroaten Kriegsverbrechen gegen jugoslawische Soldaten angelastet. Allerdings gab es diesbezüglich nur ein von Purda durch Folter erzwungenes Geständnis, welches er in jugoslawischer Gefangenschaft 1991 abgelegt hatte, so dass die Anklage schließlich fallengelassen wurde. In Kroatien löste die Verhaftung Purdas eine Welle der Empörung aus, bei einer von Veteranenorganisationen veranstalteten Demonstration in Zagreb beteiligten sich etwa 15.000 Menschen.

### **Parlamentswahlen und Referendum**

Das Jahr 2011 wird das Jahr der Entscheidungen sein. Neben den anstehenden Parlamentswahlen muss in Kroatien laut Verfassung vor dem eigentlichen EU-Beitritt die Zustimmung der Bevölkerung mittels Referendum eingeholt werden. In den vergangenen zehn Jahren wurde die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der EU und insbesondere zur Frage des EU-Beitritts zweimal jährlich in landesweiten Umfragen erhoben. Spätestens seit 2005 verläuft die Zustimmung zum EU-Beitritt ähnlich der einer Achterbahnfahrt. Gab es noch vor Beginn der Beitrittsverhandlungen noch eine hohe Zustimmung von etwa 80 %, so fiel diese auf etwa 40 Prozent im März 2005, als der Beginn der Verhandlungen wegen der „causa Gotovina“ um sechs Monate verschoben wurde. Nach einem erneuten Anstieg auf über 60 Prozent verzeichneten die Umfragen einen Einbruch auf etwa 35 Prozent Zustimmung als Reaktion auf die slowenische Blockade der EU-Beitrittsverhandlungen. Der erneuten Erholung folgte im April diesen Jahres der Tiefpunkt bei den Umfragewerten als Reaktion auf die Verurteilung der kroatischen Generäle Markac und Gotovina durch das ICTY. Inzwischen dürfte sich die Rate der Zustimmung bei 45 % eingependelt haben, dementsprechend bedarf es vor dem Referendum von Seiten der Regierung noch einiger Überzeugungsarbeit,

---

2 Vgl. „Ivan Pernar: Nije vazno sto, samo da se rusi“, in: Jutarnji list, 25.02.2011, <http://www.jutarnji.hr/ivan-pearar--nije-vazno-sto--samo-da-se-rusi/927990/>

soll die ganze Arbeit rund um die Beitrittsverhandlungen nicht umsonst gewesen sein. Grundsätzlich gehen die meisten Beobachter nicht davon aus, dass der zwischenzeitliche Rückgang der EU-Euphorie den EU-Beitritt tatsächlich gefährdet<sup>3</sup>. Allerdings ist noch völlig offen, wie die Kroaten auf die letztinstanzlichen Urteile aus Den Haag sowie den Ausgang des Grenzstreits mit Slowenien reagieren werden. Obwohl sich PM Kosor über den konkreten Termin der anstehenden Parlamentswahlen noch bedeckt hält, gehen viele Beobachter von einem Termin Ende 2011 aus. Völlig offen ist dagegen, ob zuerst das Referendum zum EU-Beitritt oder aber die Parlamentswahlen abgehalten werden sollen. Hierzu haben Regierung und Opposition konträre Meinungen, da die Reihenfolge möglicherweise den Ausgang der beiden Wahlgänge nicht unerheblich beeinflussen könnte.<sup>4</sup>

### **Kroatiens Wirtschaft**

Sah es zunächst noch danach aus, dass der EU-Beitrittskandidat Kroatien die globale Finanz- und Wirtschaftskrise einigermaßen glimpflich überstehen könnte, so waren die Auswirkungen der Finanzkrise innerhalb der EU schließlich auch in Kroatien zu spüren. Bereits im Dezember 2010 hat die negative Bewertungswelle als Folge der Griechenland-Krise auch Kroatien erreicht, als die Bonität für Fremdwährungsanleihen durch die Ratingagentur Standard & Poor's herabgestuft wurde. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen rapide an und lag im März 2011 bei knapp unter 20 Prozent. Problematisch war aber auch die Situation der Arbeiter, denn laut Angaben der Gewerkschaft erhielten etwa 70.000 von ihnen keinen Lohn.<sup>5</sup> Immer mehr Unternehmen leiden unter Liquiditätsengpässen, viele sind von der Insolvenz bedroht und eine Reihe von ihnen musste in den vergangenen Monaten schließen. Dabei treten die strukturellen Defizite der kroatischen Wirtschaft immer offener zutage. Schmerzhaft ist vor allem der deutliche Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen, die zuvor nicht selten in den Immobiliensektor umgeleitet wurden und dort einen rasanten Anstieg der Immobilienpreise zur Folge hatten. Inzwischen häufen sich die unverkauften Wohnungen in der Hauptstadt Zagreb und entlang der Küste trotz fallender Preise an. Nicht zuletzt ist die Korruption weiterhin stark ausgeprägt, wodurch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die Attraktivität als Investitionsstandort leidet. Einen entsprechenden Schub in diesem Zusammenhang erwartet sich Kroatien vom EU-Beitritt, der zum einen für mehr Rechtssicherheit und damit zu mehr Investitionen führen soll.

### **Kroatien und die EU**

War vor Ausbruch der Finanzkrise innerhalb der EU das Jahr 2012 als möglicher Beitrittstermin gehandelt worden, wollte sich von Seiten der Verantwortlichen seit Mitte 2010 niemand mehr festlegen lassen, ob und inwieweit die Griechenland-Krise den Beitritt Kroatiens abermals zu verzögern vermag. Hannes Swoboda, Kroatien-Berichterstatter der EU, war es dann während seines Besuchs in Zagreb, der offen aussprach, der Beitritt Kroatiens könne sich um ein Jahr, d.h. auf 2013, verschieben. Eine mögliche Verschiebung des Beitrittstermins wurde immer offener mit der zunehmenden Erweiterungsmüdigkeit der EU

3 Vgl. „Upozorenje politickih analiticara: Zbog presude gotovini mogao bi pasti referendum za eu“ in: Index.hr, 17.04.2011, <http://www.index.hr/vijesti/clanak/upozorenje-politickih-analiticara-zbog-presude-gotovini-mogao-bi-pasti-referendum-za-eu/547570.aspx>

4 Vgl. „Milanovic: Referendum o EU treba odrzati nakon izbora“, in: Dnevnik.hr, 11.06.2011, <http://dnevnik.hr/vijesti/hrvatska/milanovic-referendum-o-eu-treba-odrzati-nakon-izbora.html>

5 Vgl. „Landesweite Demos gegen Korruption und Missmanagement“, in: Der Standard, 05. März 2011, <http://derstandard.at/1297819645123/Landesweite-Demos-gegen-Korruption-und-Missmanagement>

begründet, die u.a. auf die „schmerzlichen Erfahrungen mit Griechenland“ zurückzuführen sei. Zudem würden die EU-Beitrittskandidaten mit viel mehr Skepsis betrachtet und ihre Finanzen genauer unter die Lupe genommen. In diesem Zusammenhang war auch die Stellungnahme von Swoboda zu verstehen, dass Kroatien alles daran setzen sollte, um gegenüber den EU-Bürgern den Eindruck zu verhindern, das Land an der Adria sei ein wirtschaftlich angeschlagenes Land mit ungeordneten Finanzen und stelle die Gefahr eines zweiten Griechenlands dar. Trotz des Gegenwinds aus Griechenland konnte Zagreb bis zum Jahresende ganze 6 Kapitel öffnen und 11 Kapitel vorläufig schließen, so dass 2010 mit Blick auf die EU-Beitrittsverhandlungen als erfolgreiches Jahr einzustufen ist. Bestätigt wurde dies auf der letzten gemeinsamen Regierungskonferenz (IGC) im Dezember 2010 vom belgischen Außenminister Steven Vanackere, wobei er davon sprach, dass „das Ende der Verhandlungen zum greifen Nahe“ sei. Im März 2011 wurde dann der letzte Fortschrittsbericht der EU-Kommission zum Stand der Dinge in Kroatien vorgelegt, der dem Land zwar beachtliche Erfolge bescheinigte, allerdings ohne ein konkretes Datum für die Beendigung der Beitrittsverhandlungen blieb und dementsprechend in Zagreb mit Enttäuschung aufgenommen wurde. Abermals schien Sand ins Getriebe des EU-Beitrittsprozesses gekommen zu sein und erneut kamen ernsthafte Signale aus Brüssel, Kroatien könne möglicherweise doch nicht – wie vorgesehen – die Beitrittsverhandlungen bis zum Sommer zu Ende bringen. Erst nachdem der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban – in seiner Rolle als Ratspräsident – ungewöhnlich offen davon sprach, dass es innerhalb der EU Länder gäbe, die mit Nachdruck die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien zu verzögern versuchen, kam Bewegung ins Spiel. Erste positive Signale in Richtung Zagreb sendete Brüssel dann Anfang Juni, bevor schließlich am 10. Juni 2011 der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, das Ende der Beitrittsverhandlungen verkündete und gleichzeitig das vorgesehene Aufnahmedatum auf den 1. Juli 2013 terminierte.

Im Vorfeld der Entscheidung gab es noch Versuche einiger EU-Länder, den Beitrittsprozess offen zu gestalten bzw. einige Hürden einzubauen. So verlangte beispielsweise die Niederlande ein verschärftes Monitoring des Landes bis zur eigentlichen Aufnahme in die EU, mit der Möglichkeit den Beitrittsprozess gegebenenfalls um einige Monate zu verzögern.<sup>6</sup> Damit konnten sich die Niederlande allerdings in der Runde der Regierungschefs nicht durchsetzen. Es blieb letztendlich nur bei einem reinen Monitoring der Reformprozesses bis zur EU-Mitgliedschaft, so dass den Kroaten der Juni 2011 und die ungarische Ratspräsidentschaft mit den erfolgreich beendeten Beitrittsverhandlungen in Erinnerung bleiben wird. In den kommenden Monaten wird es darum gehen, den Beitrittsvertrag in sämtlichen 27 Mitgliedsländern zu Ratifizieren und es bleibt zu hoffen, dass zumindest dieser Prozess ohne Überraschungen und Verzögerungen über die Bühne geht. Denn rückwirkend war Kroatiens Weg in Richtung EU-Mitgliedschaft alles andere als geradlinig verlaufen, kein anderes Land hat längere Verhandlungen geführt und kein anderes Land schärfere Auflagen von der EU bekommen. Ungeachtet dieser Tatsache bedeutet der Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen für Kroatien – neben der Ausrufung der staatlichen Unabhängigkeit 1991 und der NATO-Mitgliedschaft 2009 – die Erfüllung eines weiteren Zieles von historischer Bedeutung.

### **Weiterführende Literatur**

Kusic, Sinisa: Kroatien und die Auswirkungen der Griechenland-Krise, in: Südosteuropa, 4/2010, S. 595-604.

---

6 Vgl. „Nizozemska ce traziti monitoring za Hrvatsku do ulaska u EU“, in: Vjesnik, 13.06.2011, <http://www.vjesnik.hr/Article.aspx?ID=2701F530-F583-426D-B6B4-A10930E49ACD>